

Niederschrift

über die 23. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 06.02.2018
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Einwohnerfragestunde	5
2 Antrag auf Änderung der Niederschrift der Sitzung am 22.11.2017, TOP 4.1 Vorlage: DezIII/0192/2018	6
3 Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung Vorlage: DezIII/0739/2018	7
4 Einziehung einer Teilfläche des Fußweges und der Grünanlage Karl-Arnold-Straße Vorlage: FB5/0740/2018	7
5 Straßenunterhaltung - mündlicher Sachstandsbericht -	8
6 Anträge	8
6.1 Antrag der UWG-Fraktion vom 04.12.2017 zum Einsatzverbot von glyphosathaltigen Herbiziden auf gemeindeeigenen Grundstücken Vorlage: DezIII/0190/2017	8
6.1.1 Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auf landwirtschaftlichen Flächen, Vortrag Herr Ulrich Timmer, Geschäftsführer der Landwirtschaftskammer	8
6.1.2 Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auf landwirtschaftlichen Flächen - Vortrag von Frau Dr. Nick, Vorsitzender der AG Bäuerliche Landwirtschaft e.V.	9
6.1.3 Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auf landwirtschaftlichen Flächen - Vortrag von Herrn Deußen, Vorsitzender des Ortsverbandes der Meerbuscher Landwirte	9
6.1.4 Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auf landwirtschaftlichen Flächen - Vortrag Frau Dr. Blaum, BUND	10
7 Anfragen	10
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	10
9 Termin der nächsten Sitzung 11. April 2018	10
10 Verschiedenes	10

10.1	Beleuchtung Spielplatz Insterburger Straße	11
10.2	Bankette des Kreisverkehrs in Strümp (Osterather Straße)	11
10.3	Arbeitskreise Radverkehr und Zukunft der Friedhöfe in Meerbusch	11
10.4	Baumaßnahmen am Schwertgesweg	11
10.5	Wirtschaftswegekonzept	11
10.6	PKW-Parkplätze eines privaten Hilfsdienstes	12
10.7	Kabelverlegung durch die Telekom AG	12
10.8	Bürgeranregung gem. § 24 GO vom 06.03.2017 zur flächendeckenden Einführung von Tempo 30 innerhalb aller Ortschaften in Meerbusch	12
10.9	Duschcontainer an den Flüchtlingsunterkünften	12
10.10	Geänderte Ampelschaltung bei der Ausfahrt des Park and Ride Parkplatzes Haus Meer	13
10.11	Parkraumbewirtschaftung auf dem Dr.-Franz-Schütz Platz	13
10.12	Mobile Geschwindigkeitsanzeige (Dialog Display)	13
10.13	Messung der Feinstaubbelastung in Meerbusch	13
10.14	Leitplanke gegenüber der Ausfahrt von der A44	14
10.15	Straßenbeleuchtung vor der Gesamtschule Büderich	14
10.16	Mobile Kontrolle des LKW Durchfahrtsverbotes auf der Uerdinger Straße	14
10.17	Querungshilfe an der Neusser Straße	14
10.18	Eröffnung Böhlerstraße	14

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Claus Fischer
ab 18 Uhr, TOP 6.1.1
abwesend ab 18 Uhr

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Herr Andreas Harms Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Daniel Meffert

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Rainer Grund Sachkundiger Bürger

Vertretung für Herrn Heinz Jürgen
Kaden

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Kirsten Danes Sachkundige Bürgerin

Vertretung für Herrn Christian
Welsch

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Barbara Neukirchen Ratsmitglied

Herr Joachim Quaß Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Christof Behlen

von der UWG-Fraktion

Herr Lothar Keiser Sachkundiger Bürger

Vertretung für Herrn Dieter Schmoll

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Andreas Wagner Sachkundiger Bürger

Vertretung für Herrn Marcel Müller

Beratende Mitglieder

Herr Oswald Hepner Seniorenbeirat

von der Verwaltung

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Detlev Horn Dezernat III

Herr Claus Klein Bereichsleiter Service Immobilien

Herr Matthias Unzeitig Bereichsleiter Fachbereich 5

Gäste

Frau Dr. Andrea Blaum

zu TOP 6.1.4

Herr Stefan Deußen	Vorsitzender des OV der Meer- buscher Landwirte	zu TOP 6.1.3
Frau Dr. Ophelia Nick	Vorsitzende AG bäuerliche Landwirtschaft e.V. und Mit- glied BUND	zu TOP 6.1.2
Herr Ulrich Timmer	Geschäftsführer Landwirt- schaftskammer NRW	zu TOP 6.1.1

Schriftführerin

Frau Anke Hartl

Fachbereich 5

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Daniel Meffert

Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Heinz Jürgen Kaden

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Christian Welsch

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen

Sachkundiger Bürger

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marcel Müller

Sachkundiger Bürger

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Ausschussvorsitzende Ratsherr Jürgens fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dem Vorsitzenden des Ortverbandes der Meerbuscher Landwirte Stefan Deußen und Frau Dr. Andrea Blaum (BUND) Rederecht einzuräumen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		7	1
SPD	3		
FDP	2		1
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	9	7	1

Sachkundiger Bürger Wagner beantragt, die Sachbeiträge durch Referenten auf jeweils einen Pro- und einen Kontra-Beitrag zu begrenzen. Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Aufgrund weiterer Anträge diskutiert der Ausschuss, inwieweit grundsätzlich ein Rederecht für anwesende Besucher eingeräumt werden solle. Im Ergebnis erhalten Herr Stefan Deußen als Vorsitzender des Ortverbandes der Meerbuscher Landwirte und Frau Dr. Andrea Blaum für den BUND das Recht für einen eigenen Sachbeitrag.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Jürgens schlägt vor, den TOP 6.1 vorzuziehen. Aus dem Ausschuss kommt der Vorschlag, mit den Vorträgen zu beginnen, bevor über den Antrag abgestimmt wird. Diesem Vorgehen wird einvernehmlich zugestimmt.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Der Ausschussvorsitzende Jürgens erteilt Frau Dr. Blaum das Wort.

Sie berichtet über den schlechten Zustand der Fahrbahndecke des Wirtschaftsweges von der Johannes-Kirschbaum-Str. bis zum Deich parallel zum Stingesbach und erkundigt sich nach der Wirtschaftswegekommision.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass die Wirtschaftswegekommision zurzeit nicht zusammen käme. Es werde ein Wirtschaftswegekonzept erstellt.

Frau Dr. Blaum stellt die Frage, ob das Radverkehrskonzept komplett verabschiedet worden sei. Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass in der gemeinsamen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses und des Ausschusses für Planung und Liegenschaften am 21.11.2017 unter TOP

3 lediglich zwei konkrete Maßnahmen, nämlich die Poststraße und die Gonellastraße beschlossen worden seien. Im Haushaltsplan 2018 seien die folgenden Maßnahmen veranschlagt:

- Böhlerradweg vom Landsknecht zur Hansaallee
- Radweg zwischen Forststraße und Am Strümper Busch
- Radweg Kalverdonksweg (Stadtbahn)
- Radweg zwischen Kamperweg und Nibbelsweg (Stadtbahn)
- Radweg zwischen Nibbelsweg und Strümper Straße (Stadtbahn)
- Fahrradstraße Poststraße
- Radverkehrsführung Gonellastraße
- Radwegsanierung Uerdinger Straße
- Zusammenfassung Kleinmaßnahmen im Stadtgebiet.

Der nach wie vor schlechte Zustand der Poststraße zwischen Dükersstraße und Landknecht, der den Radfahrern große Probleme bereite, ist der Grund, dass Frau Dr. Blaum fragt, ob die Möglichkeit bestehe, die Poststraße, die im Radverkehrskonzept lediglich die Prioritätsstufe 2 habe, anzuheben auf die Prioritätsstufe 1. Technischer Beigeordneter Assenmacher sagt eine kurzfristige Reparatur der Schlaglöcher zu.

2 **Antrag auf Änderung der Niederschrift der Sitzung am 22.11.2017, TOP 4.1** **Vorlage: DezIII/0192/2018**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Niederschrift der Sitzung am 22.11.2017, TOP 4.1 folgendermaßen zu ergänzen:

Sachkundiger Bürger Müller bittet darum, in die Betrachtung und Ergebnisvorstellung den Insektenschutz mit einfließen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP	1		1
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Fraktion DIE LINKE und Piraten	1		
Gesamt:	8	8	1

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende Jürgens weist darauf hin, dass der Antrag nicht fristgerecht gestellt worden sei und in Zukunft darauf geachtet werde, dass derartige Anträge keine Berücksichtigung finden.

3 Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung **Vorlage: DezIII/0739/2018**

Beschluss:

1. Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Ergebnisse der dritten Stufe der Lärmkartierung zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Lärmaktionsplan vom 15. Mai 2014 fortzuschreiben und hierbei insbesondere die Einführung von Tempo 30 an hochbelasteten Straßen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Niegeloh regt an, gemäß der in der Beschlussvorlage aufgezeigten Alternative ein externes Büro mit der Erstellung eines integrierten Aktionsplans für die Gesamtstadt zu beauftragen.

Im Zuge der Diskussion erläutern Technischer Beigeordneter Assenmacher und Herr Horn nochmals einige nachgefragte Sachverhalte zur Lärmkartierung: Zwei Straßenabschnitte (Meerbuscher Straße und südliche Abschnitt der Umfahrung Osterath) seien aufgrund dessen, dass die für die Kartierung maßgebliche Verkehrsstärke inzwischen weniger als drei Millionen Fahrzeuge betrage, nicht mehr berücksichtigt worden. Es sei gemäß der Straßenverkehrsordnung möglich und geplant, Tempo 30 aus Lärmschutzgründen an Hauptverkehrsstraßen anzuordnen, hierfür sei das Einvernehmen mit der Straßenverkehrsbehörde erforderlich. Es gebe darüber hinaus passive wie aktive Lärmschutzmaßnahmen, die bereits früher vorgestellt, jedoch bislang nicht weiter verfolgt wurden.

Im Ergebnis ist sich der Ausschuss darin einig, dass es wünschenswert ist, Maßnahmen zum Lärmschutz nicht auf die in der bisherigen Kartierung und Aktionsplanung beschriebenen Bereiche zu beschränken. Bevor jedoch ein externes Büro beauftragt werde, solle sich der interfraktionelle Arbeitskreis Lärm nochmals mit den Sachverhalten und den Optionen einer integrierten Planung beschäftigen.

Dieses Vorgehen wird einstimmig befürwortet. Der Ausschussvorsitzende wird beauftragt, den Vorsitzenden des Arbeitskreises Lärm, Ratsherrn Damblon, um die Einberufung des Arbeitskreises zu bitten.

4 Einziehung einer Teilfläche des Fußweges und der Grünanlage Karl-Arnold-Straße **Vorlage: FB5/0740/2018**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, Teile des Fußweges und der Grünanlage Karl-Arnold-Straße (Gemarkung Büderich, Flur 35, Flurstück 572 und Teile des Flurstückes 571 gem. beiliegendem Plan) einzuziehen. Die Verwaltung wird beauftragt, das Einziehungsverfahren nach § 7 Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

5 Straßenunterhaltung - mündlicher Sachstandsbericht -

Der Ausschussvorsitzende Jürgens schlägt angesichts der fortgeschrittenen Zeit vor, diesen Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung zu verschieben. Die Ausschussmitglieder stimmen dem einvernehmlich zu.

6 Anträge

6.1 Antrag der UWG-Fraktion vom 04.12.2017 zum Einsatzverbot von glyphosathaltigen Herbiziden auf gemeindeeigenen Grundstücken Vorlage: DezIII/0190/2017

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, den Beschluss über den Antrag der UWG-Fraktion vom 04.12.2017 zum Einsatzverbot von glyphosathaltigen Herbiziden auf gemeindeeigenen Grundstücken zu vertagen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG		1	
Fraktion DIE LINKE und Piraten		1	
Gesamt:	15	2	0

Ratsfrau Niegeloh stellt den o.a. Antrag auf Vertagung, da aufgrund der umfangreichen Informationen Beratungsbedarf in ihrer Fraktion bestehe.

6.1.1 Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auf landwirtschaftlichen Flächen, Vortrag Herr Ulrich Timmer, Geschäftsführer der Landwirtschaftskammer

Herr Timmer hält einen Vortrag über das Zulassungsverfahren von Glyphosat und dessen Einsatzmöglichkeiten und – beschränkungen.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

Anschließend beantwortet Herr Timmer Fragen aus dem Ausschuss. Er räumt ein, dass vor dem Hintergrund der Wirtschaftlichkeit beim konventionellen Anbau in bestimmten Fällen der Einsatz von Glyphosat unverzichtbar sei. Er hält ein Verbot nicht für sinnvoll, vielmehr sollte z.B. seitens der Landwirtschaftskammer eine Beratung und Unterstützung der Landwirte bei der Suche nach Alternativen erfolgen. Es gäbe keine Anzeigepflicht der Landwirte über den Einsatz von Glyphosat. Die Landwirte müssen eine Schlagkartei führen, die im Falle einer Anzeige vorgelegt werden müsse.

6.1.2 Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auf landwirtschaftlichen Flächen - Vortrag von Frau Dr. Nick, Vorsitzender der AG Bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Frau Dr. Nick erklärt zunächst die Wirkungsweise von Glyphosat. Dieses Mittel greife in die Photosynthese ein und störe das ökologische Gleichgewicht. Dieses führe zu vermehrtem Pilzwachstum an heranwachsenden Pflanzen, was den Einsatz weiterer Herbizide zur Folge habe. Sie führt aus, dass Glyphosat nicht gut löslich sei und deshalb in Kombination mit anderen Stoffen verwendet werde. Deshalb sei der Wirkstoff an vielen Stellen im menschlichen Körper, beispielsweise in der Muttermilch oder in der Placenta, nachweisbar.

Frau Dr. Nick weist darauf hin, dass ein dramatisches Insektensterben zu verzeichnen sei. Dieses sei durch eine Studie in Krefeld, die dieses belege, ins Interesse der Öffentlichkeit gelangt. Es sei wichtig schnell zu handeln, um die Artenvielfalt für folgende Generationen zu erhalten.

Es gäbe bereits viele Länder, die den Einsatz von Glyphosat verbieten. Das Gesundheitsrisiko werde von vielen Organisationen, so z.B. der WHO, dem Umweltbundesamt, dem Bundesamt für Naturschutz als so hoch bewertet, dass von einer Verwendung abgeraten werde. Das EU Parlament habe einen Sonderausschuss eingesetzt, der sich kritisch mit dem Thema auseinandersetzen soll.

Sie weist darauf hin, dass in Deutschland das Vorsorgeprinzip gelte. Demnach müssen die Firmen, die die Genehmigung eines Herbizids anstreben, dessen Unschädlichkeit beweisen. Dieses habe zur Folge, dass die Firmen die Studien in Auftrag geben, die evtl. nicht transparent und unabhängig seien.

90% der Bevölkerung sei gegen den Einsatz von Glyphosat. Es sei an der Zeit, Alternativen aufzuzeigen. In Deutschland gebe es bereits 90 Städte und Gemeinden, die sich dazu bekennen, darauf hinzuwirken, dass kein Glyphosat eingesetzt werde. Auch Meerbusch solle die Möglichkeit nutzen und ein Zeichen setzen.

6.1.3 Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auf landwirtschaftlichen Flächen - Vortrag von Herrn Deußen, Vorsitzender des Ortsverbandes der Meerbuscher Landwirte

Herr Deußen führt aus, dass in Deutschland kein Glyphosat auf Kulturpflanzen zur Anwendung komme, da diese dann absterben würden. Die Aufbringung erfolge vor der Aussaat und sei eine Alternative zur mechanischen Bodenbearbeitung. Der Einsatz von Glyphosat sei stark witterungsabhängig. Nach kalten trockenen Wintern könne man ganz darauf verzichten. Im anderen Fall würde Glyphosat eingesetzt, aber weit weniger als gesetzlich erlaubt. Herr Timmer gibt zu Bedenken, dass der deutsche Markt nur durch die Produkte aus biologischer Landwirtschaft nicht ausreichend be-

dient werden könne. Er ist der Meinung, dass für das Insektensterben nicht die Verwendung von Glyphosat alleine verantwortlich sei. Das Mittel würde im Februar oder März aufgebracht. In dieser Zeit seien noch keine Grünpflanzen auf den Feldern, die von Insekten angefliegen werden könnten. Der Insektenflug würde zu dieser Zeit erst langsam beginnen.

Herr Deußen erklärt, dass die Umsetzung der im Antrag geforderten glyphosاتفreien Bewirtschaftung von Ackerflächen, die in städtischem Besitz sind, äußerst schwierig wäre. Diese Flächen seien zum Teil umgeben von Ackerflächen, die in Privateigentum seien und auf denen weiterhin Glyphosat zum Einsatz kommen würde.

6.1.4 Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden auf landwirtschaftlichen Flächen - Vortrag Frau Dr. Blaum, BUND

Frau Dr. Blaum berichtet, dass die Zulassungsbehörden kritische Distanz zur Industrie vermissen ließen. Sie sei der Überzeugung, dass ein Verzicht auf Glyphosat zu weniger Vogelsterben, Insektensterben führen würde und den Rückgang an Regenwürmerbeständen eindämmen würde. Probleme bei der praktischen Umsetzung, Glyphosat wenigstens auf städtischen Flächen nicht anzuwenden, könnten kein Grund sein. Vielmehr sollte man diese Beschränkung nicht nur auf die städtischen Flächen durchsetzen, sondern konsequent darauf hin wirken, dass auf allen Flächen auf den Einsatz wird. Frau Blaum appelliert an die Ausschussmitglieder, ein Zeichen zu setzen und dem Antrag zu entsprechen.

7 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

9 Termin der nächsten Sitzung 11. April 2018

10 Verschiedenes

10.1 Beleuchtung Spielplatz Insterburger Straße

Ratsfrau Niegeloh weist darauf hin, dass die Beleuchtung auf dem Spielplatz an der Insterburger Straße nicht in Ordnung sei und bittet um Überprüfung.

10.2 Bankette des Kreisverkehrs in Strümp (Osterather Straße)

Ratsfrau Niegeloh berichtet, dass die Bankette des Kreisverkehrs an der Landesstraße am Strümper Busch kaputt seien.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass dieses Problem bekannt sei. Der Kreisverkehr sei nicht für den Schwertransportverkehr ausgelegt. Die Verwaltung werde mit dem Straßenbaulastträger Straßen NRW in Kontakt treten.

10.3 Arbeitskreise Radverkehr und Zukunft der Friedhöfe in Meerbusch

Ratsherr Gabernig bittet den Ausschussvorsitzenden Jürgens darum, dass außer des Arbeitskreises Lärm auch die Arbeitskreise Radverkehr und Zukunft der Friedhöfe in Meerbusch wieder einberufen werden sollten.

10.4 Baumaßnahmen am Schwertgesweg

Ratsherr Gabernig fragt, welche Baumaßnahme derzeit am Schwertgesweg durchgeführt werde.

Herr Unzeitig erklärt, dass sich unter dem Grundstück des Kindergartens ein Regenrückhaltebecken befände. Da das Grundstück verkauft werden solle, werde ein Ersatz für diesen Rückhalteraum im Schwertgesweg als Kanalerweiterung erstellt.

10.5 Wirtschaftswegekonzept

Ratherr Quaß kritisiert, dass seit 5 Jahren die Erstellung eines Wirtschaftswegekonzeptes geplant sei. Sein Eindruck sei, dass es nicht weiter gehe und Dynamik fehle. Er erkundigt sich nach der Realisation.

10.6 PKW-Parkplätze eines privaten Hilfsdienstes

Ratsherr Banse berichtet, dass ein an der Xantener Straße in Strümp ansässiger privater Hilfsdienst viele öffentliche Stellplätze an der Xantener Straße, der Buschstraße und Am Kapellengraben belegt. Er fragt, ob das zulässig sei und wie Abhilfe geschaffen werden könne.

Technischer Beigeordneter Assenmacher weist darauf hin, dass es sich um öffentliche Stellplätze handle, die auch von dem mobilen Hilfsdienst benutzt werden dürfen.

10.7 Kabelverlegung durch die Telekom AG

Ratsfrau Niegeloh berichtet, dass teilweise nach Baumaßnahmen die Bürgersteige durch die Telekom AG nicht wieder richtig hergestellt werden. Sie fragt, ob die Firma zur Rechenschaft gezogen werde.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass die Verwaltung dieses moniert habe und bereits mehrere Gespräche mit der Telekom AG geführt habe, damit diese die Bürgersteige in Stand setze.

10.8 Bürgeranregung gem. § 24 GO vom 06.03.2017 zur flächendeckenden Einführung von Tempo 30 innerhalb aller Ortschaften in Meerbusch

Sachkundige Bürgerin Danes erinnert an die Bürgeranregung des BUND und bittet darum, diese in die Beschlusskontrolle aufzunehmen, damit sie nicht in Vergessenheit gerät.

10.9 Duschcontainer an den Flüchtlingsunterkünften

Sachkundiger Bürger Keiser fragt, ab wann der Duschcontainer an den Unterkünften am Hülsenbuschweg nicht mehr benutzt werden müssen und die Duschen in den Unterkünften wieder benutzbar sein werden. Inzwischen sei es erheblich zu kalt in den Containern. Er bittet gleichzeitig um Information, ob in den Wohnungen auch deutsche Fernsehprogramme empfangen werden können.

Herr Klein erklärt, dass momentan in allen Häusern die Duschen saniert werden. In zwei Unterkünften seien die Arbeiten bereits abgeschlossen. Es handle sich um Feuchteschäden, die im Rahmen der Gewährleistung durch das beauftragte Unternehmen beseitigt werden.

Den Fernsehempfang werde er überprüfen lassen.

10.10 Geänderte Ampelschaltung bei der Ausfahrt des Park and Ride Parkplatzes Haus Meer

Ratsfrau Neukirchen berichtet über lange Wartezeit bei der Ausfahrt von der Park and Ride Anlage Haus Meer Richtung Lank. Dort sei die Ampelschaltung geändert worden. Sie erkundigt sich danach, wer dieses veranlasst habe und warum das geschehen sei.

Herr Unzeitig erklärt, dass der zuständige Landesbetrieb Straßen NRW Wartung an den Ampelanlagen an der Düsseldorfer Straße und der Moerser Straße vorgenommen habe, die zu Veränderungen in den Schaltungen geführt haben. Die Veränderung der Schaltung werde überprüft.

10.11 Parkraumbewirtschaftung auf dem Dr.-Franz-Schütz Platz

Ratsfrau Neukirchen fragt, ob die Parkscheinautomaten bereits bestellt seien und wie der Stand der Dinge bzgl. der Bewirtschaftung mit Parkscheibenregelungen an den umliegenden Straßen sei.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass eine Firma mit der Ausschreibung beauftragt werde. Eine Aufstellung der Automaten sei für Mitte 2018 geplant.

10.12 Mobile Geschwindigkeitsanzeige (Dialog Display)

Ratsfrau Neukirchen fragt, ob die mobile Geschwindigkeitsanzeige in Zukunft auch woanders als auf der Nierster Straße zum Einsatz käme.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass diese Anzeige an verschiedenen Orten aufgestellt werde. Die nächsten Orte seien Nierster Straße, Witzfeldstr. an der Grundschule, Wieneweg an der Bushaltestelle in der Nähe der Kita/Grundschule.

10.13 Messung der Feinstaubbelastung in Meerbusch

Sachkundiger Bürger Keiser erkundigt sich danach, ob nochmals Feinstaubmessungen durchgeführt werden würden.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass die Grenzwerte in Meerbusch unterschritten seien und das LANUV aus diesem Grund keine Notwendigkeit sehe, nochmals Messungen durchzuführen.

10.14 Leitplanke gegenüber der Ausfahrt von der A44

Ratsfrau Pricken stellt fest, dass noch immer keine Leitplanke zum Schutz der Radfahrer gegenüber der Ausfahrt der A44 errichtet worden sei.

Technischer Beigeordneter Assenacher erklärt, dass eine entsprechende Anfrage an Straßen NRW gestellt worden sei, eine Antwort jedoch noch nicht vorliege. Ratsfrau Pricken bittet darum, der Angelegenheit nochmals Nachdruck zu verleihen.

10.15 Straßenbeleuchtung vor der Gesamtschule Büderich

Beratendes Mitglied Heppner berichtet, dass der Bewegungsmelder der Laterne vor der der Gesamtschule Büderich nicht funktioniere.

10.16 Mobile Kontrolle des LKW Durchfahrtsverbotes auf der Uerdinger Straße

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich danach, ob das Gerät lediglich in eine oder in beide Richtungen misst.

Ratsherr Gabernig gibt zu bedenken, dass es beim derzeitigen Standort des Anhängers möglich sei, dass LKW vorher links abbiegen (In der Loh) und erst hinter dem Anhänger wieder auf die Uerdinger Straße fahren könnten.

Herr Unzeitig schlägt vor, dass im nächsten Ausschuss Zahlen zur Durchfahrt von LKW über 7,5 t vorgestellt werden könnten.

10.17 Querungshilfe an der Neusser Straße

Beratendes Mitglied Heppner weist darauf hin, dass die Querungshilfe an der Neusser Straße hinter dem Laacher Weg nicht auf beiden Seiten barrierefrei sei. Es müsse der Bordstein im Altbestand abgesenkt werden.

10.18 Eröffnung Böhlerstraße

Ratsherr Banse erkundigt sich nach dem Eröffnungstermin der Böhlerstraße.

Technischer Beigeordneter Assenmacher berichtet, dass diese für Mai 2018 anvisiert sei.

Meerbusch, den 21. Februar 2018

Leo Jürgens
Ausschussvorsitzender

Anke Hartl
Schriftführer/in